

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit am Dienstag, dem 16. März 2010, um 18.00 Uhr, in der Feuerwache Büdelsdorf, Memelstraße 1**

---

**Anwesend:**

**Ausschussvorsitzende/r:** Stadtvertreter Marsau

**Weitere Ausschussmitglieder:** Stadtvertreter Bsdenga  
Stadtvertreter Huep  
Stadtvertreterin Knarr  
Stadtvertreter Siering  
Stadtvertreterin Reuter  
Stadtvertreterin Voß

**Nicht anwesende, nicht vertretene Ausschussmitglieder:** -

**Protokollführer:** Frau Dietzel

**Andere Anwesende:** Bürgermeister Hein  
Frau Pabst-Bethke (Fachbereich Gesellsch. Angelegenheiten)  
Frau Oehlers (Fachbereich Gesellsch. Angelegenheiten)  
Herr Poeppel (Fachbereich Gesellsch. Angelegenheiten)  
Herr Sachs (Berliner Beratungsdienste – BBD)  
Herr Muche (Berliner Beratungsdienste – BBD)

**Nach § 22 GO ausgeschlossene Teilnehmerinnen oder Teilnehmer** -

**Zuhörerinnen und Zuhörer:** 30

Der Vorsitzende, Stadtvertreter Marsau, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Bildung, Familie und Freizeit beschlussfähig ist.

Die Einladung und die Sitzungsvorlage sind den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen.

Einwendungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

### **Tagesordnung**

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO
2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit am 16. Februar 2010
3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen
4. Schulentwicklungsplanung  
Vorstellung der Kostenschätzung für alternative Organisationsmodelle und das erarbeitete Finanzierungskonzept der Berliner Beratungsdienste (BBD) für einen Neubau der Heinrich-Heine-Schule
5. Kindertagesstättenbedarfsplanung
6. Informationen
7. Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der bürgerlichen Ausschussmitglieder

#### **Zu 1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO**

Von den Ausschussmitgliedern werden keine Ausschließungsgründe nach § 22 GO mitgeteilt.

#### **Zu 2. Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit vom 16. Februar 2010**

Es werden keine Einwendungen gegen die o. g. Niederschrift erhoben.

#### **Zu 3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen**

Einwohnerinnen und Einwohner stellen keine Anfragen, machen keine Vorschläge und geben keine Anregungen.

#### **Zu 4. Schulentwicklungsplanung**

##### **Vorstellung der Kostenschätzung für alternative Organisationsmodelle und das erarbeitete Finanzierungskonzept der Berliner Beratungsdienste (BBD) für einen Neubau der Heinrich-Heine-Schule**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Herren Sachs und Muche der Berliner Beratungsdienste und fasst die Vorlage kurz zusammen. Er informiert über die bisherigen Beschlüsse und Veranstaltungen zu diesem Thema. Er betont, dass diese Sitzung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit ausschließlich der Informationsverdichtung diene und somit kein Beschluss zu diesem Thema gefasst werde.

Anschließend übergibt der Ausschussvorsitzende das Wort an Herrn Sachs, der die Kostenschätzung für alternative Organisationsmodelle und das erarbeitete Finanzierungskonzept für den Neubau der Heinrich-Heine-Schule vorstellt.

Auf Nachfrage seitens der ZuhörerInnen, ob bei einer ÖPP bestehende Arbeitsplätze in Gefahr seien, erklärt Bürgermeister Hein, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen seien. Kürzungen bei den Gehältern der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werde es ebenfalls nicht geben. Eine Verlagerung des Einsatzortes sei jedoch in einigen Fällen möglich.

Ein Übergang von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an private Unternehmen käme nur dann infrage, wenn dies seitens eines Mitarbeiters gewünscht werde.

Auf Anmerkung einer ZuhörerIn bestätigt Bürgermeister Hein, dass die im Finanzierungskonzept genannten Finanzierungskosten für den „Worst Case“ gerechnet wurden. Würde die Stadt Búdelsdorf bestehende Gebäude veräußern, und dadurch die Kreditsumme geringer ausfallen, würde sich dies folglich auch positiv auf die Höhe der zu zahlenden Zinsen/Tilgungen auswirken.

Wie bei Veräußerungen von Gebäuden mit den dort angegliederten Hausmeisterwohnungen verfahren werde, könne derzeit nicht beantwortet werden. Derartige Details würden bei den anstehenden Vertragsverhandlungen entsprechend berücksichtigt werden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Sachs, dass bei der Ermittlung der Energiekosten eine Preissteigerung von 1,8 % jährlich angenommen wurde.

Bürgerliches Mitglied Doritz hält die Kosten von 46 Mio. Euro für Investitionen an den bestehenden Schulgebäuden, die bei einem Schulneubau entfallen würden, für zu hoch angesetzt.

Bürgermeister Hein erklärt, dass bei der Ermittlung dieser Summe bisher lediglich von den notwendigen Investitionsmaßnahmen ausgegangen wurde. Maßnahmen an der Grundsubstanz der Gebäude seien noch gar nicht berücksichtigt. Der ermittelte Wert von 46 Mio. Euro sei somit eher die untere Grenze der in den nächsten 25 Jahren anfallenden Kosten.

Kosten für Umbaumaßnahmen an der jetzigen Heinrich-Heine-Schule, die für die Unterbringung von Kindergarten und Grundschulen erforderlich wären, seien laut Herrn Sachs in dem Finanzierungskonzept nicht berücksichtigt. Die Substanz des Gebäudes sei jedoch so beschaffen, dass die vorhandenen Räumlichkeiten weiter genutzt werden könnten, ohne dass erhebliche Kosten für Umbaumaßnahmen entstehen würden.

Bei der Ermittlung der Reinigungskosten für ein neues Schulgebäude seien die Aufwendungen der Vorjahre übernommen und fortgeschrieben worden. Es sei jedoch möglich, bei einem Neubau eine Reduzierung dieser Kosten zu erreichen (z. B. schnellere Reinigung durch bessere und einheitliche Bodenbeläge).

Auf Frage seitens einer ZuhörerIn erklärte Herr Sachs, dass bei einer ÖPP die Unterhaltung und Instandsetzung des neuen Schulgebäudes für die Dauer der Vertragslaufzeit von 25 Jahren Aufgabe des privaten Partners sei. Dieser würde für diese Leistungen eine Vergütung von der Stadt Büdelsdorf erhalten.

Auf die Frage, ob eine ÖPP auch auf die Bewirtschaftung der städtischen Sportanlagen ausgeweitet werden könne, erklärt Bürgermeister Hein, dass eine solche Verbindung nicht vorgesehen sei und für diesen Bereich andere Modelle verfolgt würden.

StadtvertreterIn Reuter merkt an, dass parallel zu einem Schulneubau derzeit auch Planungen zum Sanierungsgebiet „Hollerstraße-West“ anstünden. Sie sei der Meinung, dass die Kosten für beide Projekte dann schwer zusätzlich zu tragen seien.

Bürgermeister Hein bestätigt, dass dies bei der Beschlussfassung selbstverständlich auch zu berücksichtigen sei.

## **Zu 5. Kindertagesstättenbedarfsplanung**

Der Ausschussvorsitzende fasst die Vorlage zusammen und bezieht sich auf die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Familie und Freizeit vom 16.02.2010, in der dieses Thema bereits umfassend behandelt wurde.

Der Ausschuss fasst bei 4 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen folgenden

### **Beschluss:**

Der Planung der Privatschule Mittelholstein gGmbH, im Zuge der Realisierung der Privatschule zum August 2010 maximal 22 Betreuungsplätze für Kinder im Alter von 5-6 Jahren (letztes Kindergartenjahr) in Büdelsdorf einzurichten, wird das gemeindliche Einvernehmen erteilt.

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde wird gebeten, die vorgenannte Planung in den Kindertagesstättenbedarfsplan aufzunehmen.

## **Zu 6. Informationen**

a) Naturerlebnisbad:

Die Verwaltung teilt mit, dass es bei der Güteverhandlung zu keinem Vergleich kam, da das erforderliche Gutachten noch nicht abschließend erstellt wurde.

b) Privatschule:

Bürgermeister Hein erklärt, dass sich die Bebauungsvorschläge und Lärmschutzgutachten für die Errichtung einer Privatschule derzeit in Bearbeitung befänden. Es stünde jedoch bereits fest, dass es sich um einen zweigeschossigen Bau handeln werde. Sollte die Privatschule auf dem bevorzugten Standort (hinter der Emil-Nolde-Schule) errichtet werden, hätte dies keinen Anspruch auf Hallenzeiten in der großen Sporthalle zur Folge.

## **Zu 7. Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der bürgerlichen Ausschussmitglieder**

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses und den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 19.00 Uhr

**gez. Marsau**

---

(Ausschussvorsitzender)

**gez. Dietzel**

---

(Protokollführerin)